AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. SEPTEMBER 2024

GESCH.-NR.	2024-0863
BESCHLUSS-NR.	--
IDG-STATUS	öffentlich
SIGNATUR	**00 Führung** **00.05 Stadtparlament (Legislative)** **00.05.08 Parlamentarische Vorstösse**
BETRIFFT	**Dringliche Interpellation, Daniel Huber, SVP, und Mitunterzeichnende betreffend Kreditbewilligung neue Geschäftsräume für den Sozialdienst Bezirk Pfäffikon ZH / Substantielles Protokoll**

[...]

8. Geschäft-Nr. 2024/064
Dringliche Interpellation Daniel Huber, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Kreditbewilligung neue Geschäftsräume für den Sozialdienst Bezirk Pfäffikon ZH - Beantwortung / Schlussbehandlung

Eingang der Interpellation	24. Mai 2024
Beantwortungsfrist	24. September 2024
Antwort des Stadtrates	11. Juli 2024

Der Stadtrat übermittelt mit Beschluss (SRB-Nr. 2024-130) vom 11. Juli 2024 die schriftliche Antwort auf die zu Grunde liegende Interpellation. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Interpellationsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

Gestützt auf Art. 44 Abs. 5 GeschO STAPA findet eine Diskussion über die Antwort des Stadtrates statt, wobei das urhebende Mitglied zuerst spricht.

Parlamentspräsident Simon Binder, SVP, erteilt das Wort dem Urhebenden.

VOTUM VORSTOSSURHEBER
DANIEL HUBER, SVP

Interpellant Daniel Huber, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, standen die Haare zu Berge, als er die Antwort des Stadtrates gelesen habe. Er sei nicht zufrieden mit der Antwort und empfinde die Beantwortung als skandalös. Als Rekurrent über mehrere Monate gegen den Zweckverband Sozialbezirk Pfäffikon und der Gutheissung des Rekurses, hätte er spätestens bei dieser Interpellation andere und konkretere Antworten erwartet.

Stadthaus
Märtplatz 29
Postfach
8307 Effretikon

Telefon 052 354 24 16
praesidiales@ilef.ch
www.ilef.ch
facebook.com/stadtilef

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
VOM 05. SEPTEMBER 2024

GESCH.-NR. 2024-0863
BESCHLUSS-NR. --

Am Schluss der Vorbemerkungen des Stadtrates habe sich sein Misstrauen, wo der Zweckverband mit seinem bewusst undemokratischen Vorgehen gewählt habe, bis auf den Stadtrat ausgeweitet. Er schreibt, dass er sich für eine gute Lösung eingesetzt habe und bedauert, dass in beinahe allen Bezirksgemeinden gegen den Sozialdienst agiert wird. Dies führt auch bei Mitarbeitenden und Klienten zu Verunsicherung. Tragisch. Daniel Huber hoffe, dass die Mitarbeitenden weiterhin ihren Job verrichten können und die Klienten gut betreut werden. Wenn es aber bis zum Klienten Unsicherheiten gebe, wäre es doch spätestens jetzt an der Zeit, zu reagieren und die bewusst sogar protokollierte Vorgehensweise, ohne den Volkswillen erneut abzuholen, als Ganzes zu hinterfragen. Weshalb habe der Stadtrat, als grösste Verbandsgemeinde, nicht Druck gemacht, um alles gerichtlich weiterzuziehen, wenn ja alles so korrekt ablief?

Von Politikerinnen und Politiker wurde er mehrmals gefragt, weshalb er das ganze mache. Den 0815-Bürger interessiere dies doch nicht. An dieser Stelle muss er sagen, dass genau dieser 0815-Bürger das Ganze mit deutlicher Mehrheit an der Urne abgelehnt habe. Für ihn sei klar, dass das Thema noch nicht gegessen sei und es müsse Konsequenzen mit sich ziehen, ob personell oder sogar mit einem Austritt aus dem Zweckverband.

Er garantiere, dass er dranbleibe.

ALLGEMEINE DISKUSSION
MAXIM MORSKOI, SP

Maxim Morskoi, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, bedankt sich bei Daniel Huber für den Vorstoss. Er ist mit ihm einig, dass in der Antwort des Stadtrates nicht viel Spannendes stehe. Doch dies seien sie sich vom Stadtrat gewohnt. Er frage sich, wie der Stadtrat hätte reagieren sollen. Ein Austritt aus dem Zweckverband erachten er und die SP-Fraktion wie der Stadtrat nicht als zweckmässig und sinnvoll. Es sei sinnvoll, dies in einem Zweckverband zu organisieren, damit man die personellen, räumlichen und zeitlichen Ressourcen zur Verfügung habe. Pfäffikon sie zudem unsere Bezirkshauptstadt. Ein Weiterzug vor Gericht sei nicht sinnvoll. Dies nütze niemandem etwas und es wäre nicht zielführend, speziell in der Hinsicht auf die nächste Abstimmung betreffend Zusammenlegung der Räumlichkeiten. Er glaube, die Ausgangslage habe sich so weit verändert, dass es nun sinnvoll sei, darüber abzustimmen. Der Standort in Effretikon gäbe es nun sowieso nicht mehr.

Bei einer Veranstaltung, zu welcher die Interparteiliche Konferenz des Bezirks Zürich (IPK) eingeladen habe, habe ein Gemeinderat aus Wila erwähnt, dass es gut sei, dass nun die Kosten gesenkt werden konnten. Er erachte es als komisch, das etwas, was von grosser Wichtigkeit für die Stadt sei, nur an einem Preisschild aufgehängt werde. Maxim Morskoi erkenne den Zweckverband als wichtig an und denkt, dass die Stadt gute Vertreter im Zweckverband habe. Es sei wichtig, dem Sozialdienst den Rücken zu stärken.

STEFAN EICHENBERGER, FDP

Stefan Eichenberger, FDP, Mitglied des Stadtparlamentes, sowie der FDP/JLIE-Fraktion ergehe es in etwa gleich wie Daniel Huber, SVP. Sie seien unzufrieden mit dem Entscheid des Zweckverbandes und der Beantwortung der Interpellation. Es sei sehr unglücklich, wenn eine Vorlage des Volkes abgelehnt werde, und dies dann doch gemacht werde. Mit Blick auf die Gewaltentrennung sei dies nicht haltbar. Gerade in der heutigen Zeit sollte man der Demokratie Sorge tragen und solche Abenteuer möglichst vermeiden und mit grösserer politischer Sensibilität agieren. Dazu kommt, dass das Vorgehen, mittlerweile rechtskräftig, unzulässig sei. Es gab eine Anhörung von der IPK, die FDP-Vertretungen haben jedoch Einsicht vermisst. Der Zweckverband erfülle eine öffentliche Aufgabe der Stadt, aber, indem man dies an einen Zweckverband delegiert, wird dieser

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
VOM 05. SEPTEMBER 2024

GESCH.-NR. 2024-0863
BESCHLUSS-NR. --

durch die Aufgabenübertragung dem politischen Einflussbereich des Parlamentes entzogen. Wichtig sei dann, dass der Stadtrat seine politische Aufsichtsfunktion wahrnehme. Von dem spüre die Fraktion in der Beantwortung dieser Interpellation zu wenig. Der Vorwurf, dass Zweckverbände ein Herrenleben führen, kursiere schon länger und es sei schade, dass man mit dieser Beantwortung die Chance verpasst habe, dem entgegenzuwirken.

Zu den Fragen eins bis vier falle auf, dass der Stadtrat keine Meinung habe und einfach auf den Zweckverband verweise. Hingegen habe man eine Meinung zum Entscheid der Judikative (Stichwort Gewaltentrennung), wo den Entscheid als widersprüchlich erachtet. Interessant erachte die Fraktion die Antwort zur Frage acht, dass das Vertrauen in den Zweckverband nicht gelitten habe. Das beurteile die Fraktion ganz anders. Die Bevölkerung habe die Vorlage bereits abgelehnt. Das dieser Volksentscheid ignoriert wurde, führe zu einem weiteren Vertrauensverlust und es wäre klar gewesen, dass man diesen Entscheid erst recht dem Volk vorlegen könne. Bei den Fragen elf und zwölf hätte sich die Fraktion eine konkrete Antwort gewünscht und nicht auf einen Verweis auf den Zweckverband. Bei der Frage 13 hätte die Fraktion interessiert, weshalb der Stadtrat zu seiner Einschätzung gelange, dass der Sozialdienst in einem Zweckverband organisiert sei.

Für die FDP/JLIE-Fraktion sei die Beantwortung dieser Interpellation letztlich eine verpasste Chance, das Vertrauen in den Zweckverband wieder zu verbessern.

REPLIK DES STADTRATES
STADTPRÄSIDENT MARCO NUZZI, FDP, RESSORT PRÄSIDIALES

Stadtpräsident Marco Nuzzi, FDP, Ressort Präsidiales, nimmt Stellung zu den Vorwürfen von Seiten des Parlamentes. Das Thema sei komplexer, als es dargestellt werde, auch aus einer juristischen Sicht. Die verschiedenen Urteile des Bezirksrates kamen auf unterschiedliche Ergebnisse bei ähnlichen Fällen. Im Zweckverband wurde es so dargestellt, als wäre der erste Beschluss des Bezirksrates korrekt und deshalb habe man damals dieses Vorgehen gewählt. Man könne sagen, das politische Fingerspitzengefühl habe gefehlt. Doch es gebe eine juristische Beurteilung und die Fragestellung, wie etwas beurteilt werde und was Lösungen seien, wurde intensiv diskutiert. Der Bezirksrat hat nun entschieden. Über diesen Entscheid könne man sachlich argumentieren. Man könne vor Gericht bzw. vor einem Bezirksrat verlieren oder gewinnen. Der Stadtrat verfolge stehts eine vorwärts-Strategie.

Zudem habe die Stadt Illnau-Effretikon, zwar als grösste Gemeinde im Bezirk, nicht mehr Stimmen als die anderen Gemeinden im Zweckverband. Es bestehe genau gleiches Stimmrecht für jede einzelne Gemeinde. Die Mehrheit der Gemeinden habe das Vorgehen des Zweckverbandes unterstützt. Inhaltlich sei der Stadtrat immer noch der Meinung, dass dies der korrekte Weg sei. Man könne nun darüber streiten, welchen Weg bzw. Form man gehe. Es hat sich nun ergeben, gemäss dem Bezirksrat, dass diese Form nicht die richtige sein sollte. Man wisse nicht, was das Resultat wäre, hätte man das Urteil an die nächste Instanz weitergezogen. Der Stadtrat lässt dies nun ruhen, da die Strategie sei, vorwärtszugehen. Für den Stadtrat sei die Institution und dessen Zweck dahinter zu wichtig. Man solle auch zwischen KESB und Sozialdienst unterscheiden, was des Öfteren vermischt werde. Die KESB könne man nicht anders lösen. Hierbei gehe es primär um den Sozialdienst in Pfäffikon.

Für den Stadtrat und den Zweckverband gelte es nun, in die Zukunft zu blicken. Entsprechende Gespräche wurden mit dem Präsidenten des Zweckverbandes geführt. Der Stadtrat nehme seine Aufsichtsrolle wahr, doch er versteht seine Rolle als vorwärtsgerichtet. Inhaltlich spüre er viele verschiedene Meinungen und es sei schwierig, den Willen des Parlamentes herauszufinden.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
VOM 05. SEPTEMBER 2024

GESCH.-NR. 2024-0863
BESCHLUSS-NR. --

Wie Art. 45 unter Abs. 2 der parlamentarischen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach der Pendenzenliste.

Mitteilung durch Protokollauszug an:
- Abteilung Gesellschaft
- Parlamentsdienst (Geschäftsakten)

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Stadtparlament Illnau-Effretikon

Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 06.09.2024